

Modell für weltweiten Wandel

Wie sozial ist die Energiewende? SPD lud Mitglieder zur Diskussion

VON ROBERT SCHMITT

GEORGENSMÜND – „Wie sozial ist die Energiewende?“ Unter dieser Überschrift hatte die SPD im Landkreis Roth zu einem eigenen Kreisparteitag eingeladen. Dabei bot sie ihren Mitgliedern ein profiliertes und fachkundiges Podium an, um die bundespolitischen Rahmenbedingungen sowie regionale Umsetzung zu diskutieren. Deutliche Kritik am Parteivorstand wurde dabei ebenfalls laut. „Bundeswirtschaftsminister Gabriel soll auch mal zeigen, dass er ein SPD-Mann ist“, lautete die heftigste.

Auf dem Podium hatte für die Bundespolitik ein Fachmann aus den Reihen der Sozialdemokratie Platz genommen. Carsten Träger, Bundestagsabgeordneter aus Fürth, ist Sprecher der SPD-Fraktion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und als solcher mit allen Facetten bei der Neuordnung der Energieversorgung in Deutschland bestens vertraut. Träger bekräftigte die Klimaziele der Bundesregierung und referierte die Meinung Sigmar Gabriels zur Kohle. Auch der SPD-Chef wolle die ältesten Kohlekraftwerke durch saubere Energieerzeugung ersetzen, unterstrich Träger. Als besonders wichtig dabei sah er die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit an. Für die Zukunft des Strom-

markts favorisierte Träger ein Modell, wie es der Ansbacher Bundestagsabgeordnete und CSU-Öko-Außenseiter Josef Göppel vorgeschlagen hat.

Danach sollen bestimmte Regionen so versorgt werden, dass Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gewährleistet seien und auch regionale, dezentrale Stromerzeuger zum Zuge kämen. Sozial sei das für ihn deshalb, sagte Träger, weil die Politik der SPD darauf abziele, Arbeitsplätze in der Industrie ebenso zu sichern wie in den Branchen der erneuerbaren Energietechnik. „Unser Weg ist gut, weil sich die Kostenrelation in zehn bis zwölf Jahren umdrehen wird“, betonte der SPDEnergieexperte.

„Die Unternehmen haben dann sehr günstigen Strom und wir haben eine nachhaltige Entwicklung erreicht“, prognostizierte Träger. „Deutschland wird dann ein Modell für den weltweiten Wandel sein und die Technik dafür exportieren“, war der SPD-Parlamentarier überzeugt.

Robert Schuster, SPD-Gemeinderatsmitglied aus Büchenbach und Elektroingenieur, zählte die aus seiner Sicht bedeutendsten Probleme bestehender gesetzlicher Regelungen zur Förderung der Energiewende auf. Schuster forderte eine verstärkte Unterstützung der Kraft-Wärme-Kopplung, also des Einbaus von Anlagen, die Strom und Wärme erzeugen können. Seiner Meinung nach stel-

len sie die Zukunft dezentraler Versorgungssicherheit dar, weil sie sich zentral steuern und dann einsetzen lassen, wenn Strom gebraucht werde.

Gerhard Brunner, Stadtratsmitglied aus Schwabach und Pionier beim Bau von BürgerSolaranlagen, erklärte, ausschließlich das Erneuerbare Energiengesetz aus dem Jahr 2002 habe es für ihn möglich gemacht, mit 450 Bürgern dezentrale Photovoltaikanlagen in Schwabach und dem Landkreis zu errichten, die dabei über acht Millionen Euro investiert hätten. Er erwarte sich von einem SPD-Wirtschaftsminister, dass solche Initiativen aus der Bürgerschaft eher leichter werden sollten. Sinkende Einspeisevergütungen, hohe Marktzugangshürden und unlogische Belastungen beim Eigenverbrauch des selbst erzeugten Stroms seien hier aber kontraproduktiv, erklärte der promovierte Biologe.

Der Georgensgmünder 1. Bürgermeister Ben Schwarz schilderte die Initiativen seiner Gemeinde bei der

Energiewende. Damit hier noch mehr geschehen könne, sei für die Kommunen vor allem Planungssicherheit wichtig, sagte Schwarz.

In der Diskussion meldete sich Hermann Lorenz, Vorsitzender des Energiebündels Roth-Schwabach, mehrmals deutlich zu Wort. Er bemängelte

die zu geringe Beteiligung der Industrie an den Kosten der Energiewende und forderte schnelleres Handeln in Deutschland. Andernfalls würden uns andere Nationen überholen. „Die Energiewende kommt auf jeden Fall, ob mit uns oder ohne uns“, war Lorenz überzeugt.



Fachleute auf dem Podium. Von links Robert Schuster (Büchenbach), Dr. Gerhard Brunner (Schwabach), Bürgermeister Ben Schwarz und Bundestagsabgeordneter Carsten Träger.